

Zur Wehrfrage

Autor(en): **Schneider, Friedrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Wehrfrage

Von Friedrich Schneider.

I.

Der Kampf um die Programmrevision ist in vollem Gange. In den Parteisektionen wird um Abklärung gerungen. Nicht überall geht die Willensbildung »paritätisch« vor sich. Mancher mehr oder weniger qualifizierte Führer spielt die Vorsehung und sucht darum den »gegnerischen« Einfluß von seinen Schutzbefohlenen fernzuhalten. Es mag ein Zufall sein, daß dieses Vorgehen hauptsächlich den Genossen beliebt, die für das Wort »*Demokratie*« geradezu eine Leidenschaft hegen und pflegen. Da staunt oft der Laie und der Fachmann wundert sich. Wir haben das verlernt, denn die Revisions-Kampagne weist mehr derartige Widersprüche auf. Das tritt besonders in der Wehrfrage deutlich in Erscheinung. Da haben 504 Unentwegte in einer schriftlichen Eingabe an die Geschäftsleitung der Partei das Bekenntnis zur »vorbehaltlosen Landesverteidigung« verlangt. Und weil sie den Zweck wollen, so möchten sie die Mittel nicht ablehnen. Die Mehrheit des Parteivorstandes bekennt sich zur militärischen Landesverteidigung mit *Vorbehalten*, die es bei ernster und ehrlicher Auslegung verhindern, daß die Sozialdemokratie jemals innerhalb der bürgerlichen Demokratie zur Bewilligung von Militärvorlagen kommt. Was in den Vorbehalten steckt, tritt erst nach grundlegenden machtpolitischen Veränderungen im Staat in Erfüllung.

Aber die »Vorbehaltlosen« geben sich zufrieden! Weil sie wirklich befriedigt sind? Kaum! Sie wissen, daß die Dinge ihre *eigene Logik* bekommen und hoffen mit gutem Recht, hinter den Kulissen der Vorbehalte ans erstrebte Ziel zu kommen. Diese Spekulation ist gar nicht so abwegig, wie man uns glauben machen will. Die Mehrheit zerfällt wie die Minderheit in zwei Flügel. Aber die »Vorbehaltlosen« verstecken sich einstweilen hinter den breiten und robusten Rücken der »Vorbehalter«, während bei der Minderheit der pazifistische und nichtpazifistische Flügel getrennt marschieren. Ob sie zum *Vereinschlagen* kommen, ist unsicher und eher zu bezweifeln. Das ist ein Vorteil der Mehrheit, der auch weidlich ausgenützt wird. Nach ihr ist es vollständig in Ordnung, wenn ihre beiden Richtungen zusammengehen. Versuchen aber die beiden Auffassungen der Minderheit zu einer Verständigung zu kommen, werden sofort *moralische Maßstäbe* angelegt. Und doch wird im Ernste niemand bestreiten wollen, daß der Kampf nicht um Worte, sondern um die *Gestaltung der Linie der praktischen sozialdemokratischen Politik in Gegenwart und Zukunft* geht.

Aus Reden und Gegenreden ist zu erkennen, daß alle von der Nähe entscheidender Kämpfe überzeugt sind, Kämpfe, die eine grundlegende *Aenderung der machtpolitischen Verhältnisse* in unserem Lande herbeiführen sollen. Sonst wäre die einstimmige Annahme des Plans der Arbeit nicht zu verstehen, denn er ist das Regierungspro-

gramm der zur Macht im Staate gelangten Werktätigen. Es wäre aber lächerlich, Regierungsprogramme in der Ueberzeugung auszuarbeiten, daß sie in den nächsten Jahrzehnten *Papier* bleiben. *Die Zustimmung zum Plan der Arbeit bedeutet Verabschiedung des Reformismus und der reformistischen Politik und das Bekenntnis zum unmittelbaren Kampfe ums Ganze!* Es scheint nicht allen Anhängern des Planes gegenwärtig zu sein, daß sie mit seiner Annahme eine neue *revolutionäre Politik* eingeleitet haben. Aber sie kann nur verwirklicht werden, wenn es gelingt, die Volksmehrheit dafür zu gewinnen.

Objektiv ist sie schon vorhanden, denn nach der ökonomischen Struktur der Bevölkerung hat die große Mehrheit ein Interesse an der Schaffung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation, wie sie im Plan der Arbeit vorgesehen ist. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß große Schichten des Volkes, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören, von uns nichts wissen wollen oder gar feindlich gegen unsere Bewegung eingestellt sind. Der Einfluß der herrschenden kapitalistischen Schichten auf sie ist größer, als der unsrige. Das ist für die Epoche des aufsteigenden Kapitalismus ganz natürlich. Ihr *Anteil* am Reichtum der Welt, so bescheiden er an sich war, konnte gesteigert werden. Diesen Massen erschien darum das *Bestehende*, die kapitalistische Wirtschaft, sicherer als das, was ihnen der Sozialismus verhieß. Manch einer, der theoretisch Sozialist ist, wird auch gegenwärtig noch das kapitalistische Gewisse dem sozialistischen Ungewissen vorziehen. Die Ereignisse des Auslandes haben dafür tausendfältige Beweise erbracht. Wir müßten ähnliche Erfahrungen ebenfalls machen.

Wenn nun ein anderes Verhältnis der Arbeiterschaft zu den Bauern und zum »Mittelstand« gefordert wird, so handelt es sich um eine irrtümliche Beurteilung der Lage. Die sozialdemokratische Politik in der Schweiz war *nie* einseitig proletarisch. Sie konnte es in einem Staatswesen, das Referendum und Initiative kennt und in dem viele Industriearbeiter zugleich »*Säcklibure*« sind, gar nicht sein, denn die Ja und Nein in den Urnen werden nicht nach ihrer Herkunft geprüft und gewogen. Ihre Zahl entscheidet und nicht die Motive, die sie in die Urnen gelangen ließen. Selbst als die Partei gegen die offizielle Politik des Bauernverbandes Stellung nahm, hat sie immer ihre Bereitwilligkeit gezeigt, *den kleinen Bauern zu helfen*. Gerade diese Haltung, die durchaus von den Klein- und vielen Mittelbauern verstanden wurde, weil sie mit Bundessubventions-Segen sehr stiefmütterlich bedacht worden sind, hat die erfolgte Wendung vorbereitet. Sie ist aber mehr auf Seite der Bauern festzustellen als bei uns. Dazu war die Krise mit ihren Folgen notwendig. *Mit den Brosamen der Bauernverbands-Politik konnte in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus auch der Schuldenbauer zur Not noch leben*. Darum hatte unser Appell nicht stürmischen Erfolg. Nun die Preise zusammengebrochen sind, die Zinsen fast auf ihrer alten Höhe blieben und die Not immer drückender wird, liegen die Dinge anders. Der Niedergang des Kapitalismus, die Einschränkung der Lebensmöglichkeiten der arbeitenden Schichten, drängt die nichtkapitalistischen Kreise enger zusammen,

um sich des konzentrischen Angriffs der straffen kapitalistischen Minderheit auf die Existenzbedingungen zu erwehren.

Die vom Finanz- und Monopolkapital diktierte Deflationspolitik wird die *Mutter der kommenden Arbeitsfront* sein, in die sich einmütig Arbeiter, Angestellte und ein großer Teil der Bauern einreihen werden. Diese ökonomischen Wandlungen sind nötig, um die psychologischen Voraussetzungen einer Mehrheit des arbeitenden Volkes zu schaffen. Sie sind entscheidend und nicht irgendwelche Aenderungen in unserem Verhalten.

II.

Aus dieser Lage ergibt sich also keineswegs der zwingende Schluß, die Sozialdemokratie müsse sich in der Wehrfrage umstellen, wolle sie der Kern einer neuen Mehrheit werden. Je schlimmer die wirtschaftliche Lage des Volkes ist, um so weniger wird sie als verteidigungswürdig empfunden. Da denkt der Bauer nicht anders als der Arbeiter. Sie lösen sich immer mehr von einem imaginären Vaterlandsbegriff und urteilen nach dem, *was ihnen das Vaterland wirklich bietet*. Das kann im Ernste wohl kaum bestritten werden. Also sagt man uns: Aber höre, in der Schweiz sind die Löhne noch höher als im Ausland, das Volk lebt besser, es ist noch im Besitze seiner Freiheiten! Willst du das alles kampflos dem Angriffe Hitler-Deutschlands preisgeben? Auf den ersten Augenblick eine verfängliche Frage. Jeder aber stutzt und stellt die Gegenfrage:

Wer baut jetzt schon in der Schweiz die Löhne ab, Hitler oder die einheimischen Unternehmer?

Wer will die Lebenshaltung des Schweizervolkes um 20 Prozent verschlechtern, Edmund Schultheß oder Adolf Hitler?

Wer hat uns zwei Maulkrattengesetze beschert, einen Presseknebelungs-Ukas erlassen und trotz dem Volksentscheid vom 28. Mai 1933 die Besoldungen der Eidgenössischen gekürzt und unter Verletzung der Verfassung ein Finanzprogramm beschlossen und die Auslieferung der Bundesbahnen an das Privatkapital eingeleitet? Waren es der Bundesrat und die herrschenden Mächte in der Schweiz oder das faschistische Ausland? Was uns als erhaltenswert erscheint, ist im Inlande unendlich mehr bedroht als vom Ausland. Der Feind der Schweizerfreiheit und eines menschenwürdigen Daseins des Schweizervolkes steht im eigenen Land.

Er hat aber ein Interesse daran, das Volk zu hypnotisieren, damit es nur nach der Grenze starrt, weil es einzig von daher Gefahr vermutet. Damit erreichen die herrschenden kapitalistischen Mächte zweierlei: Der Kampf gegen sie selber wird *gedämpft* und zudem können sie ihr *Herrschaftsinstrument*, die Armee, ausbauen, die viel weniger eine Angelegenheit der Außenpolitik als der Innenpolitik ist. Im übrigen ist es doch eine Illusion, anzunehmen, das arbeitende Volk könne seine Freiheiten und seine Existenz im Bunde mit jenen gegen einen äußeren Faschismus verteidigen, die sie im Innern aufs heftigste bedrohen und die schließlich im Faschismus selbst die eigene Rettung erblicken.

III.

Aber die Neutralität? Sie ist doch Staatsdoktrin und auch von der Bourgeoisie anerkannt. Wie wenig marxistisch doch oft große Marxisten urteilen! Glaubt wirklich jemand, daß sich das Monopolkapital, das die Schweiz beherrscht, an diese Doktrin halten wird, wenn seine Interessen die *Aufgabe der Neutralität* erheischen? Zu glauben ist es nicht! Für die Haltung der Bourgeoisie sind ihre Klasseninteressen entscheidend. Im Weltkrieg war die Neutralität lohnend. Die schweizerische Bourgeoisie hat sich immens bereichert, indem sie aus der Not, dem Elend, aus Blut und Tränen auf beiden Seiten der Schützengräben Gold münzte.

Inzwischen hat sie in den ehemals kriegführenden Staaten ungeheure Kapitalien investiert. Sie ist mit gewissen Mächten auf Gedeih und Verderb verbunden. In einem kommenden Kriege besteht eher wie nicht der Zwang, daran teilzunehmen, sollen nicht Zins und Kapital zum vornherein verloren sein. Das bedingen auch die gewaltigen Fortschritte der Militärtechnik, die eine erfolgreiche Verteidigung nur im ungeheuren Raum ermöglichen und über den die Schweiz nicht verfügt. Zu diesem Schluß kommt auch Genosse Dr. Arthur Schmid in Nr. 3 dieser Zeitschrift, indem er schreibt:

»Die heutige Schweiz wird einen Krieg ebenfalls nicht allein durchführen. Sie wird in einem ganz ausnahmsweise günstigen Fall noch einmal vom Krieg verschont werden, wenn beide Mächtegruppen aus militärischen Gründen Wert darauf legen, daß die Schweiz nicht in den Krieg einbezogen wird. *Dieser Fall ist aber sehr unwahrscheinlich.* Die Schweiz wird also in dem kommenden Krieg ein *Bestandteil* irgendeiner verbündeten Front sein.«

Also ist es nicht die Neutralität, die wir nach der Meinung der Mehrheit des Parteivorstandes verteidigen, nein, wir verlängern und stärken nur die eine oder andere verbündete Front. Aber das braucht die Gemüter noch nicht zu erhitzen, denn wenn die Schweiz an einem Kriege teilnimmt, dann an der Seite einer demokratischen *gegen* eine faschistische Mächtegruppe. Daß diese Auffassung in den Köpfen spukt, beweisen doch die »faschistischen Horden«, die noch vor einem Jahre die Sozialdemokratie zum Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung im kapitalistischen Staate bringen sollten. Was war der letzte Krieg und um was ging er? *Um eine Neuaufteilung der Welt, um die Beherrschung der Absatzmärkte!* Diesen Charakter hat bis jetzt dem Weltkrieg kein marxistischer Sozialist abgesprochen. Die deutschen Sozialdemokraten des 4. August 1914 behaupteten zwar, es gelte, die Freiheit und Kultur gegen die Barbarei des Zarismus zu verteidigen. Dazu zogen sie mit Begeisterung gegen das bürgerlich-demokratische Frankreich und halfen dessen Fluren in eine Wüste verwandeln.

Deutschland, das nach Absatzmärkten für seine Erzeugnisse gierig ist, hat es nicht so leicht. Es gehörte einmal zu den besiegten Staaten, denen man Fesseln anlegte. Die hat es bereits restlos abgestreift.

Zudem liegt es mitten in Europa, wo es kein Reich wie in Ostasien aufzufressen gibt. Aber im Grunde ist es doch das nämliche: Der Rüstungswahnsinn, der unter dem Faschismus ins Ungeheure gesteigert wurde, soll die kapitalistische übrige Welt zu Entgegenkommen zwingen, will sie sich nicht überfallen lassen. Der Charakter des nächsten Krieges unterscheidet sich also in nichts von dem des Weltkrieges. Er wird nur unendlich grausamer sein.

Das allein weist schon darauf hin, daß die Gruppierung der Mächte nach *imperialistischen* Gesichtspunkten und nicht nach Staatsform und Inhalt erfolgen wird. Das demokratische England laviert. Es wird sich noch nicht auf die eine oder andere Seite schlagen. Einstweilen baut es Hitler-Deutschland in der Rüstungsfrage goldene Brücken. Je nach der Lage und den eigenen Interessen kann in einem kommenden Kriege England auch der Verbündete eines Deutschland sein, das von Adolf Hitler und »seiner« Reichswehr beherrscht wird. Ganz sicher, wenn die französische militärische Uebermacht Großbritannien unbequem wird. Mit der sicheren Aussicht, an der Seite eines demokratischen Staatenblockes zu fechten, ist es nichts!

Ist die schweizerische Kapitalistenklasse besser? Sie ist am Bestehen der Kriegsgefahren ebenso *mitschuldig* wie die Bourgeoisien anderer Länder. Ihre Wirtschaftspolitik hat zu den gegenwärtigen Zuständen geführt, die nach kapitalistischem Rezept nur mit dem Schwerte geklärt werden können. Sie ist mit dem internationalen Kapital so verhängt und versippt, daß sich ihre Schuld von der andern nicht trennen läßt. Ihr ist die Neutralität des Landes auch nur so lange heilig, als es ihre Interessen gebieten. Und im Falle der Aufgabe der Neutralität entscheiden auch wieder sie allein über die Wahl des Verbündeten. So kann es vorkommen, daß die schweizerische Armee Seite an Seite mit Adolf Hitlers Reichswehr, SA. und SS. gegen ein Frankreich — *Leon Blums* marschieren muß. Womöglich ausgerüstet mit Krediten, die auch von der Sozialdemokratie bewilligt wurden. Eine derartige Konstellation ist sogar sehr wahrscheinlich.

IV.

Aber, sagt man überlegen: Wir müssen unsere Politik mit der Volkspsyche in Uebereinstimmung bringen. Einer Mobilmachung werden 99,9 Prozent der Dienstpflichtigen folgen! Wie unpolitisch doch oft Politiker sein können — wenn's ihnen gerade beliebt. Einmal ist zu bestreiten, daß die Mehrheit der Arbeiter und Bauern militaristisch ist. Der Andrang des Volkes bei den Defilees und Fahnenübergaben beweist nicht das Gegenteil. Die *politische Stellungnahme* des Bürgers zur Armee ist entscheidend. Diese scheint aber nach dem Verhalten des Bundesrates und der Mehrheit der Bundesversammlung nicht über jeden Zweifel erhaben zu sein, denn bisher hat man sich ängstlich gehütet, das Volk über neue Militärvorlagen entscheiden zu lassen. Es ist ihnen sehr unbequem, daß über die Verlängerung der Rekrutenschulen abgestimmt werden muß. Trotzdem sie von einem selbstverständlichen demokratischen Rechte Gebrauch machen, wer-

den die Befürworter des Referendums maßlos beschimpft und als Landesverräter gebrandmarkt. Das läßt nicht auf große Selbstsicherheit schließen.

Aber mag dem im übrigen sein, wie ihm will: Seit wann hat die Sozialdemokratie ihre Erkenntnisse der Auffassung ihr fernstehender Massen untergeordnet? Das ist ihr nie eingefallen. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist ein Eckpfeiler des sozialistischen Gebäudes. Die Mehrheit des arbeitenden Volkes ist noch nicht dafür gewonnen. Es fällt uns nicht ein, deswegen darauf zu verzichten. Oder billigen wir die Ausbeutung, weil die Arbeiter jeden Tag in die Fabrik gehen, um sich ausbeuten zu lassen, kämpfen wir nicht vielmehr dagegen? Auf alle Fälle übernimmt dafür die Sozialdemokratie *keine* politische Verantwortung. »Aber was hat das zu sagen?« meinte einst Ignaz Auer in seiner Rede über die Sedanfeier 1895.

»Eine Partei, welche die Welt erobern will, muß ihre Grundsätze hochhalten, ohne Rücksicht darauf, mit welchen Gefahren das verknüpft ist; sie wäre verloren, wenn sie anders handelte.«

Und noch eins: Fühlen wir die Verpflichtung in uns, den Arbeiter aufzufordern, *nie* mehr in die Fabrik zu gehen, weil er ausgebeutet wird und weil die Sozialdemokratie dafür keine Verantwortung übernimmt? Das fällt keinem vernünftigen Menschen ein. Wenn die Partei im bürgerlich-kapitalistischen Staate, der von der Bourgeoisie beherrscht wird, die militärische Landesverteidigung ablehnt, übernimmt sie damit *keine* Verpflichtung, die Dienstverweigerung zu propagieren. Es kann bestimmte Fälle geben, wo sie dazu auffordert, wie sie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Arbeiter zur Bestreikung ihrer Unternehmer veranlaßt. Zur Wehrfrage kann nicht in anderer Weise Stellung bezogen werden als zum kapitalistischen Staat selbst. Je mehr wir ihn beherrschen, je größer die Masse ist, die sozialistisch denkt und handelt, um so stärker ist der Einfluß auch auf die Armee, deren Angehörige während 50 Wochen im Jahr Bürger und nur zwei Wochen Soldaten sind. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie und des arbeitenden Volkes wirft das Problem der Eroberung der politischen Macht auf.

Wenn das arbeitende Volk im Staate die Macht ausübt, entscheiden *seine* Interessen in der Innen- und Außenpolitik, über die Neutralität und die Unabhängigkeit des Landes und über die Verwendung der Armee. Dann ist die Armee ein *Instrument der neuen Mehrheit* und nicht das ihrer Feinde. Ihr die Mittel zu bewilligen, ist selbstverständlich, solange sie nicht durch eine allgemeine Abrüstung oder die Brechung des Widerstandes der kapitalistischen Minderheit überflüssig geworden ist.

V.

Was bedeutet die Anerkennung der militärischen Landesverteidigung und die Bewilligung der dafür nötigen Mittel für das arbeitende Volk im kapitalistischen Staate? Sie bedeutet die Bekundung des *Vertrauens in die Bourgeoisie*, deren Politik das Land in den Fall

bringen kann, die Armee zu verwenden. Die von der mit dem Faschismus flirtenden Bourgeoisie beherrschte Armee ist keine Garantie für die Erhaltung der Neutralität. Für sie Kredite bewilligen, heißt Vorbereitung der Teilnahme an einem imperialistischen Krieg, Vornahme des Burgfriedens und eine Stärkung einer der kapitalistischen Mächtegruppen. Die Anerkennung der militärischen Landesverteidigung im kapitalistischen Staat stärkt materiell und moralisch die *kapitalistischen Gegner des arbeitenden Volkes*, die in der Armee ein Kampfmittel gegen die eigenen Volksgenossen erblicken und es auch anwenden.

Das wäre eine Politik zum Schaden unserer Bewegung, die uns nicht vorwärts, sondern in unabsehbare *Abenteuer* führt, für die wir dann die Mitverantwortung zu tragen haben. Man braucht nicht Pazifist zu sein, um doch den unheilvollen Einfluß des Wettrüstens und des Gewaltglaubens zu erkennen. Die Sozialdemokratie darf auch nicht den Schein erwecken, als ob sie das billige und mitmache. Aber was nützt ein derartiges Verhalten? So wird gefragt und auf der Stelle geantwortet: Das ist nichts anderes als eine leere und lächerliche Demonstration! Denn an den Tatsachen ändern wir nichts, die Bourgeoisie wird keinen Soldaten weniger ausbilden und gleich viel Kanonen anschaffen.

Rosa Luxemburg hat in ihrer 1915 geschriebenen und 1916 veröffentlichten Junius-Broschüre die Haltung von Bebel und Liebknecht im Jahre 1870 verherrlicht und in Anwendung auf den letzten Krieg geschrieben:

»So wäre es auch diesmal gegangen. Im ersten Moment wäre vielleicht nichts anderes erreicht, als daß die *Ehre* des deutschen Proletariats gerettet war, als daß Tausende und aber Tausende Proletarier, die jetzt in den Schützengräben bei Nacht und Nebel umkommen, nicht in dumpfer seelischer Verwirrung, sondern mit dem Lichtfunken im Hirn sterben würden, daß das, was ihnen im Leben das Teuerste war: die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie, *kein Trugbild* sei. Aber schon als ein mächtiger *Dämpfer* auf den chauvinistischen Rausch und die Besinnlosigkeit der Menge hätte die mutige Stimme unserer Partei gewirkt, sie hätte die aufgeklärten Volkskreise vor dem Delirium bewahrt, hätte den Imperialisten das Geschäft der Volksvergiftung und Volksverdummung erschwert. Gerade der Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie hätte die Volksmassen am raschesten ernüchtert. Sodann im weiteren Verlauf des Krieges, im Maße, wie der Katzenjammer der unendlichen grausigen Massenschlächterei in allen Ländern wächst, wie der imperialistische Pferdefuß des Krieges immer deutlicher hervorguckt, wie der Marktlärm des blutgierigen Spekulantentums frecher wird, *würde alles Lebendige, Ehrliche, Humane, Fortschrittliche, sich um die Fahne der Sozialdemokratie scharen*. Und dann vor allem: Die deutsche Sozialdemokratie wäre in dem allgemeinen Strudel, Zerfall und Zusammenbruch wie ein Fels im brausenden Meer der hohe *Leuchtturm* der Internationale

geblieben, nachdem sich bald alle andern Arbeiterparteien orientiert hätten . . . Damit wäre die Friedensstimmung und der Druck der Volksmassen zum Frieden in allen Ländern gesteigert, die Beendigung des Massenmordes *beschleunigt*, die Zahl seiner Opfer verringert worden. Das deutsche Proletariat wäre der *Turmwächter des Sozialismus und der Befreiung der Menschheit* geblieben — und dies ist wohl ein patriotisches Werk, das der Jünger von Marx, Engels und Lassalle würdig war.«

Uns scheint, diese Worte dürfen auch auf unseren schweizerischen Fall angewendet werden, es sei denn, man verleugne alles, was früher angebetet wurde.

VI.

Das bedeutet also, daß wir die Grenzen wehrlos jedem offen lassen, der in die Schweiz eindringen will. So wird konstatiert! Wieso denn? Sagt man nicht handkehrum, unsere Ablehnung der militärischen Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes ändere an den Tatsachen *nichts*? Und in der Tat: Wenn die Bourgeoisie am Ruder ist und ihre Interessen gebieten die Neutralität, so wird *sie* das Nötige zur Verteidigung selber veranlassen, wenn nicht, wird die Sozialdemokratie auf legalem Wege die Verschacherung des Landes an eine Mächtegruppe auch *nicht* verhindern können. Auch in diesem Falle handelt es sich wieder um ein Problem der politischen Macht. Wir mögen ausgehen woher wir wollen, immer wieder bleibt uns nur die Aufgabe gestellt, dieses Problem zu lösen. Wie andere Fragen, wird auch die Wehrfrage nur dadurch zur Befriedigung des arbeitenden Volkes beantwortet werden können.

Zu diesem Ziel aber kommen wir am allerersten, wenn wir uns so wenig als möglich mit dem *Bestehenden* solidarisieren. Das Bestehende ist der *Feind* der Arbeiter und Bauern, mag es ihnen in dieser oder jener Form entgegentreten. Es wird verantwortlich gemacht für ihre Leiden und Nöte und meist ist es auch deren Ursache. Es steht dem ersehnten Neuen und Besseren im Wege. Wer sich mit ihm verbindet, sein Schicksal an das seine hängt, *wird von der erwachenden Masse gerichtet und verdammt*. Warum legt der Gegner so großen Wert auf das sozialdemokratische Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung? *Zwei* Dinge möchte man erreichen: Eine Armee, in der es viele Sozialdemokraten gibt, deren Partei die militärische Landesverteidigung im bürgerlichen Staate ablehnt, ist ein *unsicheres Instrument*. Es trifft darauf zu, was General von Bernhardi in seinem Werk »Vom heutigen Krieg« schrieb:

»So *erschweren* die modernen Massenheere die Kriegführung in den verschiedensten Beziehungen. Außerdem aber stellen sie an und für sich auch ein nicht zu unterschätzendes *Gefahrmoment* dar . . .«

Weiter aber soll sich die Sozialdemokratie *mitschuldig* machen, *damit sie nicht jenes materielle und moralische Zentrum des Volkes*

werde und bleibe, von dem Rosa Luxemburg in bezug auf Deutschland schrieb. Die Bourgeoisie weiß, daß jeder, der von ihrem Giftbaume ißt, im kommenden Sturm widerstandsunfähig sein wird und untergehen muß. Ihm wird das gleiche Schicksal blühen wie den Sozialdemokraten anderer Länder, die mit dem System auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wurden. Weil wir das nicht wollen, bekämpfen wir jede engere Verknüpfung der Sozialdemokratie mit dem Bestehenden und propagieren den Kampf ums Ganze im Sinne des Plans der Arbeit.

Nach dem Parteitag: Der Kampf

Von Ernst Reinhard.

Die Programmrevision wird in dem Augenblick durchgeführt, da die Schweiz von einem Ring faschistischer Staaten umklammert ist: der Norden, Osten und Süden ist Gebiet des Faschismus; nur im Westen steht noch eine demokratische Türe offen — wie lange, das hängt von der Politik der französischen Sozialistischen Partei ab. Für sie gilt wie für uns: Der Faschismus wird genau das, was wir ihn werden lassen.

In der Schweiz selbst setzt der Faschismus zu einem umfassenden Angriff an. Dies wird nicht für die Fronten festgestellt, die trotz augenblicklicher Teilerfolge in Zürich und Schaffhausen keine Aussicht haben, das politische Gesicht der Schweiz zu formen. Der Faschismus bedient sich der in wachsendem Maße faschisierten bürgerlichen Parteien. Der Faschismus der Fronten stößt große Massen ab und verfeindet sich die bürgerlichen Parteien; der Faschismus aber, den der »Bund für Volk und Heimat« mit großen Mitteln, deren Herkunft unschwer zu erraten ist, in die bürgerlichen Parteien hineinträgt, hat den großen Erfolg zu verzeichnen, faschistisches Gedankengut in die Denkweise aller bürgerlichen Parteien hineingeschmuggelt zu haben. So vollzieht sich bei uns der Faschisierungsprozeß unter ganz andern Gesetzen als in Deutschland, Oesterreich, Spanien und Italien; es ist keine stoßkräftige faschistische Partei da, aber sie ist auch unnötig, da die bürgerlichen Parteien die faschistischen Postulate übernehmen und für eine kalte Faschisierung besorgt sind.

Am deutlichsten zeichnet sich dieser Prozeß bei der Katholisch-konservativen Volkspartei ab. Sie hat das Ständestaatsprogramm der Enzyklika *Quadrogesimo anno*, deren ungeheure politische Bedeutung in den nichtkatholischen Kreisen aus Unkenntnis und Ueberheblichkeit nicht ermessen werden kann, ganz zum Leitmotiv ihres politischen Handelns gemacht und verfolgt es mit der ihr eigenen Zähigkeit, Schlaueit und lächelnden Brutalität. Sie lehnt selbstverständlich die Behauptung ab, daß der Stände- oder Korporationenstaat unmöglich sei ohne Faschismus, genau wie der Faschismus unmöglich ist ohne Korporationen- oder Ständestaat. Aber sie läßt doch kaum Zweifel darüber, daß sie das österreichische Beispiel nachahmenswert findet, nicht nur